



11. Dezember 2008

Medienmitteilung

## **Forschung am Menschen: Das Tauziehen beginnt**

**Heute Donnerstag befasste sich der Ständerat erstmals mit dem Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen. Er hatte darüber zu entscheiden, ob er dem stark zurechtgestutzten Artikel des Nationalrats zustimmen oder ob die Bundesratsvorlage grünes Licht erhalten sollte. Entgegen dem heutigen Entscheid des Ständerats plädiert der Basler Appell gegen Gentechnologie weiterhin für die Kurzversion des Nationalrats: Nur so bleibt es möglich, auf Gesetzesebene ein Verbot der fragwürdigen fremdnützigen Forschung an Nichteinwilligungsfähigen zu verankern.**

Im November brütete die Wissenschaftskommission des Ständerats (WBK-S) abschliessend über dem Verfassungsartikel zur Forschung am Menschen. Die WBK-S war dagegen, auf Verfassungsstufe nur eine kurze Kompetenznorm einzufügen. Einstimmig und mit ein paar kleineren Änderungen verabschiedeten sie den Verfassungsartikel zur Forschung am Menschen im Sinne des Bundesrats. Ebenso entschied nun heute der Ständerat und schickt die Vorlage damit zurück an den Nationalrat, der sich auf eine kurze Kompetenznorm beschränken will.

Der Ständerat will neben der ausführlichen Version, dass sich die Forschungsgrundsätze im zweiten Absatz ausschliesslich auf die biomedizinische Forschung mit Menschen beziehen. Dies würde unter anderem bedeuten, dass jegliche Forschung mit bereits vorhandenen Personendaten oder biologischen Materialien von den Grundsätzen im Verfassungsartikel ausgenommen sind. Es sieht ganz danach aus, als wolle der Ständerat nicht nur die umstrittene fremdnützige Forschung an Nichteinwilligungsfähigen bereits in der Verfassung festgeschrieben sehen. Vielmehr ist auch sein Ziel, den Fachdisziplinen jenseits der biomedizinischen Forschung ohne strenge Kontrolle den Weg zu ebnen. Die Zugeständnisse des Ständerats an die Forscherlobby sind so gross, dass sogar VertreterInnen der SVP und der FDP einschwenkten und von der im Nationalrat geforderten Kompetenznorm absahen.

Der Basler Appell gegen Gentechnologie vertritt noch immer die Auffassung, dass die umstrittene fremdnützige Forschung an Menschen in der Schweiz verboten bleiben muss. Nur so werden zentrale Grundrechte wie die Achtung der Menschenwürde und das Recht auf persönliche Freiheit der beforschten Person gewahrt. Aus diesem Grund ist die Version des Nationalrats auf jeden Fall zu bevorzugen. Es wird sich nun bei der Differenzbereinigung zeigen, wessen Standhaftigkeit grösser ist. Der Basler Appell fordert den Nationalrat dazu auf, hart zu bleiben und der kleinen Kammer nicht nachzugeben. Nur so bleibt eine Diskussion ethisch dringlicher Fragen auf Gesetzesebene noch möglich.

Für Rückfragen: Pascale Steck/Gabriele Pichlhofer, Basler Appell gegen Gentechnologie,  
T 061 692 01 01 (Mo/Mi 14-17 Uhr, Di/Do/Fr 10-13 Uhr)